

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntabend. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 18.

Halle. Sonnabend, den 11. November.

1848.

Inhalt: Das neue Ministerium. — Deutsche Nationalversammlung. — Verhandlungen des konstitut. Bürgervereins am 8. Novbr. — Anzeigen.

## Das neue Ministerium.

8. November.

Preußen ist wieder in eine jener Krisen hineingeworfen, die uns an der Gefahr eines Bruches mit der Krone und einer Permanenzerklärung der N.-B. dicht vorbeigeführt hat, die, wenn auch keine unerwartete und neue Erscheinung mehr, dennoch im ganzen Lande ein lebhaftes Gefühl ihrer Gefährlichkeit hervorgerufen hat. Wenn auch gegenwärtig auf die maaslose Aufregung dieses Sommers eine fast ebenso große nothwendig erfolgende Abspannung und Erschlaffung eingetreten ist, welche die Machinationen der anarchischen Partei auf Schritt und Tritt hemmt, und die Gefährlichkeit der Krise bedeutend mindert, so wird doch Niemand den Ernst unserer Lage verkennen. Drei Ministerien sind gestürzt, es soll jetzt, nachdem fast alle Kräfte erschöpft scheinen, ein neues Ministerium gebildet werden, ein Ministerium, das uns endlich von dem Provisorium befreit, das uns endlich, nach so langem Harren, das ersehnte Ziel erreichen läßt. Dazu müssen Krone und Volk fest und einträchtig zusammenwirken, dazu muß von hier und von dort der gute Wille zusammenkommen. Aber das Meiste zur Erreichung dieses Zieles muß und kann das Volk durch seine Vertreter thun. Ob wir ein neues, tüchtiges Ministerium erhalten, das hängt zu allermeist von der Nationalversammlung ab. Der Weg, den sie bisher eingeschlagen hat, führt nicht zum Ziele.

Zuerst muß die Nationalversammlung ihre bisherige schlotterige und würdelose Geltung aufgeben, die noch auf Alle, die bisher ihren Sitzungen beigewohnt, den widrigsten Eindruck gemacht hat. Sie muß sich durchbringen mit dem ganzen Ernst unserer Lage, ihrer Stellung, ihrer Aufgabe, davon, daß das Volk die Geschichte Preußens und mit ihm Deutschlands in ihre Hände gelegt hat. Dadurch wird sie sich die Achtung und das Vertrauen des Landes erwerben. Ein eigenthümliches Hinderniß liegt freilich in dem Geiste der sie

umgebenden Bevölkerung. Diese sonst so ruhigen Berliner haben so lange unter der polizeilichen Fuchtel gestanden, daß sie auch in ihren alten Tagen noch Kinder geblieben sind. Von dem höhern Sinn, der die Bevölkerung anderer großer Städte, wie London und Paris, aber auch wie Brüssel und Kopenhagen, erfüllt und die großen politischen Versammlungen in ihrer Mitte trägt und hebt, ist in Berlin keine Spur. Hier eine maaslose Furchtsamkeit, dort eine unerträgliche Frechheit, hier die Geheimerathsklubs, die auf dem Papiere nicht aus der tiefen Entrüstung herauskommen, dort die demokratischen Clubs, deren frivole Gemeinheit jeden honesten Menschen zurückschreckt, auch wenn er sonst ihre politische Ansicht theilt. Wie das aufgeklärte Berlin unter Wöllner Geistesfehleri trieb, wie es noch vor wenigen Jahren zu allen Quacksalbern und Wunderärzten lief, so sieht es jetzt vor lauter eingebildeten Gefahren die wirkliche Gefahr nicht, und die narkotischen Plakate des demokratischen Clubs, oder eines Held und Buddelmeier halten die Phantasie dieser politischen Kinder in steter fiebrischer Aufregung. Aber statt nun auf diese so geartete Bevölkerung wohlthätig einzuwirken, läßt sich die Nationalversammlung von ihr vollständig leiten und bestimmen. Sie muß dies widerliche Kokettiren mit der anarchischen Partei, diese entwürdigende Lobhudelei gegen das sogenannte „Volk von Berlin,“ das sie umlagert, beschimpft und mißhandelt, aufgeben. Sie muß den Mund etwas weniger vollnehmen und ihre im Ganzen nicht zu großen Kräfte mit ihrer ungeheueren Aufgabe vergleichen. Denn wenn nach dem Aufsehen, den der vorjährige vereinigte Landtag machte, diese aus der freiesten Wahl des Volkes, des Volkes der Intelligenz, wie es sich gern nennt, hervorgegangene Versammlung die größten Erwartungen erregen mußte, so haben sich diese doch nur in mäßiger Weise erfüllt. In der Versammlung sitzt kein Pitt und kein Mirabeau, auch kein Palmerston oder Thiers. Es leidet diese Versammlung an ihrer Mittelmäßigkeit, etwa, daß in ihr die großen staatsmännischen Geister fehlen, die bis ins Einzelne



vertraut mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes, getragen durch einen reinen und gediegenen Charakter schöpferisch in die Zeit eingreifen, mit prophetischem Blicke ihr die Bahnen weisen, und durch die Allgewalt ihrer Rede Alles mit sich fortreißen.

Doch wir müssen uns mit dieser Versammlung begnügen und unsere Hoffnungen für die Zukunft aufsparen, die Zeit wird schon ihre Schüler bilden. Aber auch mit diesen Kräften konnte die Versammlung noch mehr leisten. Wir verweisen auf die treffliche Charakteristik dieser Versammlung in den frühern Blättern und auf die dabei besprochenen Ansichten. Das Hauptunglück ist, daß es gänzlich an einer festen Majorität fehlt, und dies liegt daran, daß es ihr an einem tüchtigen, wohlorganisirten Centrum fehlt. Denn darauf beruht eben so die Wirksamkeit einer parlamentarischen Regierung als die Gediegenheit der gesetzgebenden Thätigkeit. So lange die Versammlung nicht besser organisiert ist, so lange sich in derselben keine entschiedene Majorität herausstellt, kann überhaupt kein Ministerium auf längern Bestand rechnen, so lange weiß kein Ministerium, worauf es sich stützen, in welchem Geiste es regieren soll. Weder ein Ministerium Unruh, noch ein Ministerium Rodbertus, noch ein Ministerium Waldeck kann vor dieser Versammlung bestehen. Daß Rodbertus sich einer solchen Hoffnung nicht hingebet, dafür hat Ruge's Reform, das Organ der Linken, schon gesorgt und entschieden ausgesprochen, daß auch ein solches Ministerium unmöglich sei. Es muß ein Centrum sich bilden aus den Fraktionen Harfort, Unruh, Rodbertus. Ein Theil der Mielenk'schen Partei mag dann zur Linken übergehen, diese Fraktionen selbst mögen als besondere Parteigruppen neben einander bestehen, aber sie müssen durch eine oberste einheitliche Leitung verbunden sein. So lange dies nicht geschieht, so lange namentlich die Partei Rodbertus nicht ihr Kokettiren mit der Linken und ihre politische Zweideutigkeit aufgibt, so lange ihr nicht das Wohl des Landes mehr am Herzen liegt als ein Ministerpatent, so lange freilich wird sich keine Majorität bilden, so lange wird es geschehen, daß heute die Rechte, morgen die Linke siegt, heute conservative, morgen radikale Gesetze gegeben, heute Beschlüsse im deutschen, morgen im un-deutschen Sinne gefaßt werden, so lange werden Beschlüsse über die wichtigsten Fragen mit einer Majorität von einer oder drei Stimmen durchgehen, welche nicht die geringste Gewähr in sich tragen, daß sie den Willen des Volks ausdrücken. So lange ist es auch ganz in der Ordnung, daß die Ministerien, die in der Versammlung keine feste Partei haben, außerhalb derselben gebildet werden, freilich nur, um zu temporisiren und mit der Meute zu capituliren, bis die Versammlung zur Besinnung kommt. Der König hat den Grafen Brandenburg wiederholt mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt. Nach dem Mißtrauensvotum, das Brandenburg schon im Voraus erhalten, glauben wir nicht an ein Ministerium Brandenburg. Möglich daß er nur ein Ministerium bildet, ohne selbst einzutreten, aber wir zweifel-

seln, ob er bei seiner Unbekanntschafft mit dem parlamentarischen Leben und mit der Versammlung dazu sonderlich geeignet sei. Dagegen finden sich in der Versammlung immerhin noch geeignete Männer dazu. Unruh, Harfort, Rodbertus, Kirchmann, Kühlwetter möchten sich dazu eignen. Schwierig würde freilich die Besetzung der Finanzen, des Auswärtigen, des Kriegs sein. Für die Finanzen würde man wohl zu Hanfemann zurückkehren müssen, für das Auswärtige ist Niemand geeigneter als Baron Arnim, ein Mann von großer Erfahrung und echt deutscher Gesinnung, für den Krieg würde der General Willisen sich vortrefflich eignen, wenn er nicht im Heere sehr unpopulär wäre.

Die Aufgabe eines solchen Ministerii würde um vieles leichter sein als die seiner Vorgänger. Viele Fragen sind bereits erledigt, in andern sieht man jetzt klarer. Die deutsche Politik Preußens wird nur noch gegen die demokratische Partei zu vertheidigen sein. Eine energische Handhabung des Landfriedens gegen die demokratischen Wühlereien ist unbedingt nothwendig, so schwer es auch sein mag, hier das rechte Maas zu halten zwischen dem Gehelassen und dem alten polizeistaatlichen Verfahren. Zur Rechtfertigung solcher Schritte müssen Reformen der durchgreifendsten Art mit ihnen Hand in Hand gehen, je weniger die Regierung davor zurückschreckt, wie Stein seiner Zeit nicht davor zurückschreckte und so das Land rettete, je mehr sie hierdurch für das Wohl des Bürgers und des Bauers sorgt, um so fester wird sie stehen. Ueber die endliche Vollendung der Verfassung und der zu ihrer Einführung unumgänglich nothwendigen Reformen in der Gesetzgebung und Verwaltung verlieren wir kein Wort. Es ist von Seiten der Partei der Nat.-Versammlung, die das Zustandekommen der Verfassung immer noch hinauschieben möchte, nicht Unfähigkeit, sondern böser Wille, der Wunsch, die Wühlerei noch länger ungehindert fortzutreiben zu können. Das Land hat sich darüber deutlich genug ausgesprochen.

Der Winter und seine Noth, die in diesem Jahre sich verdoppeln wird, rückt heran. Das Land sieht ihm mit Besorgniß entgegen. Wir wissen nicht, wie sich die Dinge gestalten werden, aber das wissen wir, ehe die National-Versammlung selbst sich nicht bessert, eher wird es nicht besser werden. W.

### Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 2. Noobr.

(Fortsetzung.)

Das zweite Schriftchen, auf welches ich aufmerksam machen wollte, ist eine im Auftrage der Clubs der Linken vom Deutschen Hofe und vom Donnersberge von Vogt aus Gießen verfaßte Darstellung der Ereignisse des 18. September. \*) Man kennt den Abgeord-

\*) Frankfurt a. M. Literarische Anstalt. (F. Rütten.)



neten Vogt, den frivolen Humor und die Lügentaktik seiner Reden. Ohne Zweifel das größte Talent auf der linken Seite des Hauses, ist er immer bereit, auf die Tribüne zu treten und jede Frage, völlig unbekümmert um die Wahrheit der Sache, im Sinne seiner Partei aufzufassen und seine Rede mit burlesken Witz zu verbrämen, um sie ja dem händefertigen Publikum der Gallerien mundrecht zu machen. Dieser Abgeordnete nun hat es nicht verschmäht, diese Haltung auf der Tribüne auch auf die Presse zu übertragen. Die bezeichnete Schrift ist eine historische Darstellung, ganz im Style jener lungengewaltigen Reden, die so oft in der Paulskirche laut werden. Es wäre unendlich, die einzelnen Unwahrheiten zu berichtigen, welche uns auf jeder Seite begegnen. Wir begnügen uns, die perfide und unlautere Haltung im Ganzen dem Publikum zu denunciren und wir nehmen außerdem von einigen naiven Geständnissen Akt, welche die Unwahrheit des Uebrigen von selbst in ein grelles Licht stellen. —

Die Perfidie des Ganzen. Es ist notorisch, daß es mit dem versuchten Eindringen in die Paulskirche am 18. September auf ein förmliches Attentat gegen die rechte Seite des Hauses abgesehen war. Am Abend vorher waren in Bockenheim die Stricke ausgeheilt worden, an denen wir hängen sollten an den Säulen der Paulskirche — eine Scene, gleich jener homerischen in der Odyssee! Statt dessen ist dieses Eindringen, dem Wortführer der Linken zufolge, ein rein zufälliges, durch die Beschränkung des Raumes auf den Gallerien, durch das neugierige Zudrängen der Menge veranlaßt! Der ganze verbrecherische Aufstand ferner: er ist nach diesem Geschichtschreiber des 18. September durch Niemand sonst hervorgerufen, als durch das Verfahren und die Maßregeln der Centralgewalt! Während Zuzüge aus der ganzen Umgegend in Frankfurt eintrafen, während überall Waffen und Vorrichtungen gefunden wurden, während der gleichzeitige republikanische Aufstand in Baden die verbrecherischen Pläne der Rebellen in das hellste Licht setzte, so war nach Vogt die ganze Emeute ohne jeden politischen Inhalt, so wird mit dreifacher Stirne behauptet, daß Alles nur leichte Neckereien, nur knabenhafter Muthwille, nur Spott und Scherz gewesen sei! Hätte das Ministerium nachgegeben, hätte man nur die Preußen zurückgezogen, hätte man nur den Bau der Barrikaden rechtzeitig gehindert, dann, so meint der Wortführer der Linken, wäre kein Blut vergossen und kein Aufstand erfolgt! — Und die Ermordung zweier Abgeordneten? — Wir suchen vergeblich nach einem Worte ernster Entrüstung über die Gräuelt, welche die junge Freiheit entweihten und schändeten. Es ist eine Frevelthat: — ein härteres Wort findet Vogt dafür nicht, und was er weiter darüber sagt, klingt nicht anders denn als eine Paraphrase jenes berühmten Wortes aus der französischen Revolution: „War denn das vergossene Blut so rein?“ — „Fürst Lichnowsky,“ heißt es, „war in jeder Weise eine allbekannte Persönlichkeit. Seine unausgesetzte parlamentarische Thätigkeit

als Vorkämpfer der Rechten in der Nationalversammlung hatte ihn in allen Fragen auf die Rednerbühne geführt; sein ganzes Betragen und Wesen der Carrikatur reichlichen Stoff zur Ausbeute gegeben.“ —

Und neben der Perfidie die naive Offenheit. Ausführlich, um nur Eins zu erwähnen, wird von den Verhandlungen der Volkshäuser mit den Clubs der Linken berichtet. Diese Menschen drohen mit einem Aufstand und bieten ihre Leiber und Arme der Linken zum Schutz an. Und diese versäumt es dennoch, von diesen verbrecherischen Aeußerungen und Plänen dem Ministerium eine Anzeige zu machen! Sie erzählt nachträglich nicht ohne Behagen davon und sie glaubt durch eine solche Erzählung von der intellektuellen Schuld an dem Geschehenen sich reinigen zu können!

Großsprecherische Worte von der gefährdeten Freiheit, von der drohenden Reaction bilden den Schluß der Schrift. Nicht ohne tiefen Schmerz kann man diese methobische Verkehrung der Wahrheit vernehmen; aber mit Zuversicht blicken wir zugleich auf den gefunden Sinn des Volkes. So viel Wahrheitsliebe, so viel Klarheit des Blickes wird es besitzen, um nicht die auf den Kopf gestellte Welt für die wahre, und um nicht die Herolde der Lüge für die Schützer seiner Freiheit zu nehmen. —

R. Haym.

### Verhandlungen des konstitutionellen Bürgervereins zu Halle am 8. November.

Nachdem vom Hrn. Ordner die Antwort der Waisenhäuser Buchhandlung verlesen und sein Antrag, die Fortsetzung der Chronik vorläufig auf sich beruhen zu lassen, angenommen war, theilte er die in der vorigen Sitzung beschlossene Adresse an die Nationalversammlung zur Genehmigung mit. Sie lautet:

Hohe Versammlung!

Das Verlangen einer gleichmäßigen Besteuerung ist im ganzen Staate lebendig hervorgetreten. Als erster und hauptsächlichster Schritt dazu muß die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, sowie der jetzt bestehenden unvollkommenen Klassensteuer, und die Einführung einer allgemeinen gerechten und zweckentsprechenden Einkommen-Klassensteuer erscheinen.

Daß solche auf das Baldigste ins Leben treten möge, ist besonders für die größeren Städte wichtig, welche nun seit 28 Jahren die übermäßige, ungerechte und den Verkehr hemmende Last der Wahl- und Schlachtsteuer getragen haben. Dieselben dürfen um so zuverlässiger hoffen durch die Fürsorge der hohen Versammlung auf das Schnelligste und vorzugsweise davon befreit zu werden, als für das viel weniger bedrängte und bedürftige platte Land bereits Gesetze gegeben sind, welche dasselbe nicht nur von Lasten befreien, sondern ihnen wesentliche Vortheile unentgeltlich und auf Kosten der zu Recht Besessenen, ja vielfältig auf Kosten städtischer Kommunen selbst gegeben haben.

Auch die Städte erwarten daher volle und unparteiische Sorge ihrem Interesse und ihren Beschwerden zugewandt zu sehn, damit ein Uebelstand sofort beseitigt werde, welcher in vielen Orten schon zu den beklagenswerthesten Unruhen Anlaß gegeben hat, und auch hiesige Stadt schon mehrmals damit bedrohte.

Der unterzeichnete Verein schließt sich hierdurch kräftigst den zahlreichen Petitionen an, welche wegen der genannten Gegenstände





schon bei der hohen Versammlung eingegangen sind und bittet, daß das Gesetz über Einführung einer solchen gleichmäßigen neuen Steuer, für welche dem Vernehmen nach auch die Königl. Ministerien schon Vorlagen haben, vorzugsweise behandelt und möglichst bis zum neuen Jahr zur vollständigen Ausführung gebracht werde.

Halle, den 5. Novbr. 1848.

**Der konstitutionelle Bürgerverein.**

Auf einen Artikel des Fragekastens gegen die Staats-Lotterien und die hohen Gehalte der Beamten entgegnete Hr. Jacob, daß er nur unter den obwaltenden Umständen das vorläufige Fortbestehen jener Lotterie billige, die Gehalte der Beamten aber nicht zu hoch finde, da sie ja steigen mußten, weil die Preise der täglichen Bedürfnisse und Miethe gestiegen sind. Wohl aber scheine es ihm wünschenswerth, daß die Kassenbeamten die Büreaufstunden auf eine bequemere Zeit verlegen, damit Niemand, wenn er Steuern bezahlt, deswegen Arbeit versäume. Hr. Fuhse fügte hinzu, daß man die Zahl der Beamten verringern, aber die Arbeit besser bezahlen möge.

Eine andre Anfrage des Fragekastens, welche eine Erklärung der Anpflichten verlangte, beantwortete Hr. Gärtner sehr gründlich, indem er nachwies, daß sie eine Einkommensteuer alter Zeiten sind. Seine Auseinandersetzung wird als besondrer Artikel im Bürgerblatt mitgetheilt werden. Gegen die leise Andeutung Hrn. Gärtners, daß diese Anpflichten, welche denen, die sie zu zahlen haben, eine doppelte Einkommensteuer aufbürden, auf andere Weise aufzubringen sein dürften, protestirte Hr. Jacob, weil die Anpflicht als Last auf dem Hause ruhe und beim Kauf berücksichtigt sei, die Stadt aber bereits so viel Verluste erlitten und so viel neue Ausgaben zu erwarten habe, daß die 3000 Thlr. Anpflichten nicht zu entbehren wären. Die Versammlung ließ den Gegenstand fallen.

Auf die dritte Frage des Fragekastens, ob die Gewerbetreibenden gesetzlich sich selbst die Abschätzungskommission Behufs der Gewerbesteuer wählen dürften, entgegnete Hr. Gärtner, daß nach dem Gesetz vom 30. Mai 1820 §. 26 die Kaufleute, Gastwirthe, Fleischer und Bäcker die Abschätzungsdeputation selbst wählen (aber, wie Hr. Nummel hinzusetzt, in äußerst geringer Zahl bei der Wahl zugegen zu sein pflegen), hingegen das Steuerquantum der Kleinhändler und Handwerker nach §. 30 vom Magistrat unter Zuziehung Sachverständiger festgesetzt wird. Der Magistrat habe aus den letztgenannten Klassen auch gegen 30 achtbare Männer gewählt, mit denen er gemeinschaftlich die Gewerbesteuer festgesetzt habe. Jetzt jenes Gesetz zu ändern, scheine nicht rathsam.

Hierauf verlas der Hr. Ordner nachfolgende Adresse des hiesigen Clubs, welcher der Verein sich anschloß und die er zu unterzeichnen beschloß.

Hohe Nationalversammlung!

Die mancherlei unruhigen Auftritte in der Nähe und unter den Fenstern Ihres Versammlungslokals haben in einem großen Theile des Volks die Furcht erregt, als werde die Hohe Versammlung in der Freiheit ihrer Beratungen beeinträchtigt. Wenn wir auch dieser Meinung nicht grade das Wort reden wollen, sondern vielmehr in der Ueberzeugung leben, daß die erprobte Festigkeit der

hohen Versammlung derartigen Besorgnissen genaue Bürgschaft entgegenstellt, so können wir anderntheils doch nicht leugnen, daß die Zeitungsberichte über die Auftritte am 31. Decbr. höchst niedererschlagend sind und für die Nationallehre unsres Volks kein rühmliches Zeugniß ablegen. Dieselben haben daher auch bei uns das entschiedenste Verlangen nach Vorbeugung ähnlicher Auftritte hervorgerufen.

In dieser Gesinnung fordern wir die Hohe Versammlung auf, Mittel zu erweisen, welche dergleichen Scenen unmöglich machen, und namentlich an die Bürgerwehr von Berlin die Zumuthung zu stellen, der übernommenen Pflicht, die Nationalversammlung in ihren Sitzungen vor Störungen zu schützen, nachdrücklicher zu entsprechen.

Halle, den 4. Novbr. 1848.

**Der konstit. Club und konstit. Bürgerverein.**

Die Versammlung stimmte auch darin dem Club bei, daß alle gleichgesinnte Preußen zum Anschluß an die Adresse aufgefordert werden sollen. Das Bürgerblatt ladet daher alle Clubs und Vereine ein, ihren Beitritt hier und in einer Zeitung zu veröffentlichen. — Nach einer langen Verhandlung über die beantragte Speiseanstalt ergab sich, nachdem manches Treffliche von Hrn. Wucherer, Jacob, Heise, Fuhse u. A. dafür und dagegen gesagt war, daß die Anstalt wenig Anklang finden werde, wenn die Portion 1¼ Sgr. kosten soll, daß trotzdem aber bedeutende Zuschüsse und Anlagskapital nöthig sein würden, so daß es besser sein dürfte, lieber Naturalien wohlfeil zu liefern. Man vertagte diesen Gegenstand auf spätere Zeit.

Ueber den Erfolg der Adresse des hiesigen Magistrats betreffs der Regulirung der Portotaxen für das im Reichsdienst stehende Militär theilte Hr. Wucherer mit, daß vom Reichs- und preuß. Kriegsministerium befriedigende Nachrichten eingegangen wären, welche die Erfüllung unsres Wunsches in nahe Aussicht stellen.

Da es bereits spät war, so wurde auf Hrn. Fuhse's Antrag beschlossen, das nächste Mal mit der Gemeindeordnung zu beginnen. Die Sitzung wurde gegen 10 Uhr geschlossen.

Körner.

**Konstitutioneller Verein des Saalkreises.**

Mittwoch den 15. Novbr. Nachmittags 2 Uhr  
Sitzung im Falkeschen Gasthofs zu Cönnern.

**Tagesordnung:**

- 1) Adresse an die Deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt, betreffend den Beschluß der preussischen Nationalversammlung über die Rechte der Bewohner der Provinz Posen.
- 2) Besprechung des Entwurfs der Verfassungsurkunde.

**Konstitutioneller Club zu Halle**

Sonnabend den 11. November 7½ Uhr Abends  
ordentliche Sitzung im Lokal des Kühlenbrunnens

**Tagesordnung,:**

- 1) Berliner Ereignisse.
- 2) Gemeindeordnung.
- 3) Wiener Octoberrevolution.

Der Vorstand.



# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntabend. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 18. Halle. Sonnabend, den 11. November.

1848.

Inhalt: Das neue Ministerium. — Deutsche Nationalversammlung. — Verhandlungen des konstitut. Bürgervereins am 8. Noobr. — Anzeigen.

## Das neue Ministerium.

8. November.

Preußen ist wieder in eine jener Krisen hineingeworfen, die uns an der Gefahr eines Bruches mit der Krone und einer Permanenzerklärung der N. V. dicht vorbeigeführt hat, die, wenn auch keine unerwartete und neue Erscheinung mehr, dennoch im ganzen Lande ein lebhaftes Gefühl ihrer Gefährlichkeit hervorgerufen hat. Wenn auch gegenwärtig auf die maasslose Aufregung dieses Sommers eine fast ebenso große nothwendig erfolgende Abspannung und Erschlaffung eingetreten ist, welche die Machinationen der anarchischen Partei auf Schritt und Tritt hemmt, und die Gefährlichkeit der Krise bedeutend mindert, so wird doch Niemand den Ernst unserer Lage verkennen. Drei Ministerien sind gestürzt, es soll jetzt, nachdem fast alle Kräfte erschöpft scheinen, ein neues Ministerium gebildet werden, ein Ministerium, das uns endlich von dem Provisorium befreit, das uns endlich, nach so langem Harren, das ersohnte Ziel erreichen läßt. Dazu müssen Krone und Volk fest und einträchtig zusammenwirken, dazu muß von hier und von dort der gute Wille zusammenkommen. Aber das Meiste zur Erreichung dieses Zieles muß und kann das Volk durch seine Vertreter thun. Ob wir ein neues, tüchtiges Ministerium erhalten, das hängt zu allermeist von der Nationalversammlung ab. Der Weg, den sie bisher eingeschlagen hat, führt nicht zum Ziele.

Zuerst muß die Nationalversammlung ihre bisherige schlotterige und würdelose Geltung aufgeben, die noch auf Alle, die bisher ihren Sitzungen beigewohnt, den widrigsten Eindruck gemacht hat. Sie muß sich durchdringen mit dem ganzen Ernst unserer Lage, ihrer Stellung, ihrer Aufgabe, davon, daß das Volk die Geschichte Preußens und mit ihm Deutschlands in ihre Hände gelegt hat. Dadurch wird sie sich die Achtung und das Vertrauen des Landes erwerben. Ein eigenenthümliches Hinderniß liegt freilich in dem Geiste der sie

umgebenden Bevölkerung. Diese sonst so ruhigen Berliner haben so lange unter der polizeilichen Fuchtel gestanden, daß sie auch in ihren alten Tagen noch Kinder geblieben sind. Von dem höhern Sinn, der die Bevölkerung anderer großer Städte, wie London und Paris, aber auch wie Brüssel und Kopenhagen, erfüllt und die großen politischen Versammlungen in ihrer Mitte trägt und hebt, ist in Berlin keine Spur. Hier eine maasslose Furchtsamkeit, dort eine unerträgliche Frechheit, hier die Geheimerathsklubs, die auf dem Papiere nicht aus der tiefen Entrüstung herauskommen, dort die demokratischen Clubs, deren frivole Gemeinheit jeden honesten Menschen zurückschreckt, auch wenn er sonst ihre politische Ansicht theilt. Wie das aufgeklärte Berlin unter Böllner Geistesfehlerieth, wie es noch vor wenigen Jahren zu allen Quacksalbern und Wunderärzten lief, so sieht es jetzt vor lauter eingeübten Gefahren die wirkliche Gefahr nicht, und demokratischen Clubs, oder hatten die Phantasie dieser siebrischer Aufregung. Aber artete Bevölkerung wohlthätige Nationalversammlung von stimmen. Sie muß diese anarchischen Partei, diese gegen das sogenannte „Volk“ gert, beschimpft und mißhandeln Mund etwas weniger von den nicht zu großen Kräfte gabe vergleichen. Denn wenn der vorjährige vereinigte Land freiesten Wahl des Volkes, wie es sich gern nennt, hat die größten Erwartungen er diese doch nur in mäßiger Sammlung sieht kein Pitt und Palmerston oder Thiers. G an ihrer Mittelmäßigkeit, e staatsmännischen Geister feh

